DIE LINKE.

AUSGABE 10/2014
Spende erbeten!

SAALE-UNSTRUT-ELSTER-KURIER

Herausgeber: Kreisvorstand DIE LINKE.Burgenlandkreis

Sie finden:

Auswertung Wahlen, M. Höhn	2
Schwarze Null	3
Kommunalpolitisches Forum	4
Senioren mehr Gehör verschaffen	5
Vergangenheit und Gegenwart	6
Politische Bildung	7
Sommertour im Rollstuhl	8
Berlin, wir kommen!	10
Termine	12

Impressum

Kreisvorstand
DIE LINKE. Burgenlandkreis,
Vors. R. Weber
Friedensstraße 37,
06679 Hohenmölsen
Tel.: 034441/22026
Fax: 034441/22098

Im Netz unter:
www.dielinke-blk.de

Mail :
kv@dielinke-blk.de

Spendenkonto:
Kto.-Nr.: 30 00 10 28 40
BLZ: 800 530 00

IBAN:
DE49800530003000102840
BIC: NOLADE21BLK
Sparkasse Burgenlandkreis

Alle namentlich gekennzeichneten Artikel sind nicht immer auch Meinung der Redaktion. Redaktionsschluss ist der 20. eines jeweiligen Monats. Zuarbeiten sind bis zum 15. eines jeden Monats abzugeben.

V.i.S.d.P.:
Reinhard Weber

Geschichtsträchtiger Monat Oktober

7. Oktober 1949

Nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland mittels Inkraftsetzens des Grundgesetzes für Westdeutschland durch den Parlamentarischen Rat am 23. Mai 1949 sah sich der bei den Volkskongresswahlen gewählte Volksrat veranlasst, sich als Provisorische Volkskammer zu konstituieren, und verkündete die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik.
Da die Bemühungen um ein einheitliches demokratisches Deutschland gescheitert waren, wurde Kurs darauf genommen, im Osten Deutschlands einen antifaschistisch-demokratischen Staat zu errichten.

9. Oktober 1989

In Leipzig fand die größte aller Montagsdemonstrationen statt. Die Losung dieser basisdemokratischen Bewegung lautete „Wir sind das Volk“. Innen– und außenpolitische Entwicklungen hatten die DDR-Gesellschaft in eine tiefe Krise gestürzt.
An diesem Tag entschied sich, dass die Auseinandersetzungen ohne Gewalt ausgetragen würden. Diese machtvolle Montagsdemonstration, die auf eine umfassende demokratische Erneuerung der DDR-Gesellschaft abzielte, bildete den Einstieg in eine friedliche Revolution.

3. Oktober 1990

Nach dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1990, der Verkündung des Zehn-Punkte-Plans durch Bundeskanzler Kohl und der aktiven Führung der Wahlkämpfe in der DDR durch die politischen Parteien der Bundesrepublik rückte das Streben nach D-Mark und deutscher Einheit ins Zentrum des Geschehens. Dieser Prozess mündete in die Eingliederung der DDR in die kapitalistische Bundesrepublik Deutschland.

Bis zum Zusammenwachsen zu einer echten deutschen Einheit bedarf es noch eines langen Atems.

Sofortinformation des Bundesgeschäftsführers über die Beratung des Parteivorstandes

Im Zentrum der Beratung stand selbstverständlich eine erste Betrachtung der Wahlergebnisse in Brandenburg und Thüringen. Der Parteivorstand dankte allen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern, ganz besonders der Landesvorsitzenden Susanne Hennig-Wellsow sowie den beiden Spitzenkandidaten Bodo Ramelow und Christian Görke, die aus Thüringen und Brandenburg im Parteivorstand zu Gast waren.

Unser Ergebnis in Thüringen ist ohne Zweifel herausragend. Noch nie hat unsere Partei bei einer Landtagswahl besser abgeschnitten. Und das angestrebte Ziel einer Mehrheit gegen die CDU im Thüringer Landtag wurde ebenfalls erreicht. Susanne Hennig-Wellsow und Bodo Ramelow machten noch einmal deutlich, dass sie Sondierungsgespräche mit SPD und Grünen anstreben, um diese rechnerische Mehrheit auch zu einer handlungsfähigen zu machen. Ein erster linker Ministerpräsident – dies wäre ohne Frage nicht nur ein großer Schritt für Thüringen, sondern auch ein Meilenstein für DIE LINKE insgesamt.

In Brandenburg haben wir dagegen einen bitteren Dämpfer einstecken müssen. Hauptgrund war, darauf wies auch Christian Görke hin, dass über 100.000 ehemalige Wählerinnen und Wähler unserer Partei diesmal ihre Stimme nicht abgegeben hatten und zu Hause blieben. Offensichtlich ist uns die Mobilisierung der eigenen Anhängerschaft nicht gelungen – und das obwohl die große Mehrheit der Menschen in Brandenburg nach allen Umfragen mit der Arbeit der rot - roten Landesregierung zufrieden ist. Profitieren konnte davon jedoch allein die SPD. Christian Görke machte deutlich, dass in möglichen Sondierungen mit der SPD sehr genau zu schauen sei, ob sich LINKE Inhalte klar erkennbar in einer Neuauflage der Koalition wiederfinden.

Besondere Aufmerksamkeit widmete der Parteivorstand den hohen Ergebnissen der AfD. Auch hier greifen keine einfachen Antworten. Protestwählerinnen und -wähler sind unter den Bedingungen einer Regierungsbeteiligung schwer zu halten, und nicht jeder Protest – z.B. der gegen Asylbewerberheime – kann bei der LINKEN zu Hause sein. Auch zum Abschneiden der rechten Parteien sind weitere Analysen von Nöten, die von AfD-Fraktionen betroffenen Landesverbände werden sich gezielt dazu verabreden.

Der Parteivorstand vereinbarte sich, eine gründliche Auswertung der zurückliegenden Wahlen in seine Strategiediskussion einfließen zu lassen, die im Oktober fortgesetzt werden soll.

Der Parteivorstand beschloss anlässlich des bevorstehenden Anti-Drohnen – Aktionstages, die Ächtung autonomer Offensiv-Waffensysteme zu fordern. Für den Aktionstag am 4. Oktober 2014 stehen in den Landesgeschäftsstellen Drachen mit dem Logo der Partei zur Verfügung.

Für die Durchführung der Kampagne gegen prekäre Arbeit und prekäres Leben beschloss der Parteivorstand ein Eckpunktepapier, in dem Zeitrahmen, Finanzen (zunächst bis Jahresende) und die Zusammensetzung einerSteuerungsgruppe festgelegt wurden.

Am 19. September beteiligen sich mehrere Städte –unter anderem Berlin, Hamburg, Mölln, Bielefeld, Oldenburg, Frankfurt und Stuttgart – Kundgebungen unter dem Motto „Muslime stehen auf gegen Hass und Unrecht“, der Parteivorstand schloss sich dem Aufruf an.

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

„Politische Weiterbildungen“ - 3/2014
Rosa Luxemburg Stiftung

„Marxismus und Rhetorik“
<http://www.rosalux.de/event/50028/marxismus-und-rhetorik.html>*, *21.-23. November 2014

„Kapitalismus, Kritik und Krise vermitteln“
<http://www.rosalux.de/event/50614/kapitalismus-kritik-und-krise-vermitteln.html>, 21.-23. November 2014

„Zukunftswerkstätten moderieren“
<http://www.rosalux.de/event/50515/zukunftswerkstaetten-moderieren-2.html>, 28./29. November 2014

„Memorierungstechniken“
<http://www.rosalux.de/event/50392/memorierungstechniken-fuer-den-politischen-alltag.html>,13./14. Dezember 2014

*Visualisierungstraining: „Ein Bild sagt mehr als tausend Worte“
<http://www.rosalux.de/event/41206/ein-bild-sagt-mehr-als-tausend-worte.html>, 21./22. Februar 2015

Mehr unter:

http://www.rosalux.de/stiftung/afpb/politische-weiterbildung.html

Mit der schwarzen Null am Lebensalltag vorbei

Von Roland Claus

Während es an vielen Ecken der Welt derzeit lichterloh brennt, fällt der Bundesregierung nichts weiter ein, als mit ihrem Haushaltsentwurf 2015 ihren Beitrag zu einer Bundeswehr als Interventionsarmee zu leisten. So löst man jedenfalls die internationalen Krisen nicht - schon gar nicht mit dem gigantischen Gefechtsübungszentrum "Schnöggersburg" in Sachsen-Anhalt, das der Bund auch 2015 finanzieren will. Demgegenüber tritt DIE LINKE für Frieden, Abrüstung und eine globalisierte Entwicklungspolitik ein.

Innenpolitisch ist der Entwurf ebenso kritisch zu beurteilen. Es handelt sich erneut um einen Haushalt der sozialen Spaltung. In keinem hoch entwickelten Land sind die Einkommen so ungleich verteilt wie in Deutschland. Die Steuerungerechtigkeit wird jedoch im Haushaltsentwurf 2015 nicht angegangen. DIE LINKE hingegen tritt ein für ein sozial gerechtes Steuerkonzept, mit dem die niedrigen und mittleren Einkommen entlastet werden, Kindern die Möglichkeit zur Teilhabe geboten wird und höhere Einkommen entsprechend zur Verantwortung herangezogen werden.

Auch in den anstehenden Haushaltsverhandlungen wird DIE LINKE für eine Erhöhung des Kindergeldes eintreten. In seinem jetzigen Entwurfsstadium jedenfalls erweist sich der Haushaltsentwurf der schwarz-roten Bundesregierung als bildungsfremd und zukunftsunfähig. Zwar wird die im Bildungsbereich herrschende Misere teilweise von der Bundesregierung erkannt, aber nur unzureichend angegangen. Anstelle dessen fordern wir Mittel für ein besseres BAföG, für die Hochschulen und für ein längeres gemeinsames Lernen.

In Sachen Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West lässt sich einmal mehr

konstatieren: Die Bundesregierung gibt das grundgesetzliche Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse zwischen Ost und West, zwischen schlechter entwickelten und prosperierenden Regionen auf. Nichts Neues für den Ossi, nichts Neues für Franken, Bremerhaven, Teile des Ruhrgebietes, Schleswig-Holsteins etc. DIE LINKE wird weiterhin den Finger in die Wunde legen und die Bundesregierung kritisieren. Unsere politischen Ansätze zur Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West und zwischen den Regionen, bei denen wir der Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen besonderes Augenmerk beimessen, werden auch in den anstehenden Haushaltsverhandlungen eine wichtige Rolle spielen.

Die Bundesregierung feiert sich seit Monaten dafür, 2015 ohne Neuverschuldung auszukommen. Sie nennt das "die schwarze Null". Auch DIE LINKE wird für 2015 keine neuen Schulden beantragen. Aber die so genannte schwarze Null hat mit dem Lebensalltag der allermeisten Menschen nichts zu tun. DIE Linke ist die politische Kraft im Parlament, die um die weitreichendsten gesellschaftlichen Veränderungen kämpft. Dieses Ringen um gesellschaftlichen Fortschritt wird sich auch in den Inhalten und der Anzahl unserer Vorschläge zur Veränderung und Verbesserung des vorliegenden Haushaltsentwurfes abbilden.

Information der Redaktion

Liebe Leserinnen und Leser, die vorliegende Zeitung ist das Informationsblatt des Kreisverbandes DIE LINKE. Burgenlandkreis. Die ehrenamtliche Redaktion und alle Redakteure dieses Blattes bemühen sich, stets inhaltlich korrekte Beiträge beizusteuern. Jeder Artikel widerspiegelt jedoch die Einzelmeinung des Autors und ist daher mit dem Namen als Verantwortlichkeit gekennzeichnet. Falls es bei dem einen oder anderen Artikel zu anderen Meinungen unter der Leserschaft kommen sollte, bitten wir darum, diese Unstimmigkeit mit dem entsprechenden Verfasser des Beitrages selbst zu klären. Selbstverständlich kann im Folgeheft einmalig eine Klarstellung des Sachverhaltes eingefügt werden. Bitte beachtet, dass es immer verschiedene Meinungen zum gleichen Sachverhalt gibt, die Gegendarstellung zur Gegendarstellung soll jedoch vermieden werden. Die Redaktion

Linke Kommunalpolitik mit Biss

Von Petra Hörning

Was gehört in eine Satzung, wie lese ich einen Haushalt, wie verstehe ich die Doppik? Diese und viele andere Fragen plagen unsere Kommunalpolitiker in ihren Parlamenten und ohne eine gewisse Fachkompetenz ist kein Antrag erfolgreich durchs Parlament zu bekommen. Die strategischen Winkelzüge muss Mann oder Frau sicher vor Ort den Gegebenheiten anpassen, um erfolgreich zu sein.

Der Qualifikation der Mandatsträger hat sich in unserem Landesverband das Kommunalpolitsche Forum verschrieben. Seit vielen Jahren ist es mit seinen vielen ehrenamtlichen Mitarbeitern im Land unterwegs, um zu schulen, zu beraten und zu unterstützen. Anfang September lud es darum zu einer großen Konferenz nach Magdeburg in den Landtag. Von der Europaabgeordneten Martina Michaelis, über den Bundestagsabgeordneten Roland Claus und Fraktionskolleginnen, über zahlreiche Landtagsabgeordneten, bis zum Gemeinderat fanden sich viele Interessierte ein. Es wurde zwar zaghaft diskutiert, aber zum Abschluss konnte man sagen, es war ein erfolgreicher Tag. Denn es ging um Verknüpfung der Mandatsebenen, die nun mal nur über persönliche Kontakte funktioniert, wie auch um die Vorstellung der zukünftigen Arbeit des KPF. Diese war besonders daran interessiert, ihr Programmheft für das nächste Jahr mit Angeboten zu füllen, die vor Ort weiterhelfen. Wulf Gallert nutzte die Gelegenheit, ein wenig auf die Landtagswahl 2016 in Sachsen-Anhalt einzustimmen.

Einen großen Raum nahm die Vorstellung des neuen Finanzausgleichsgesetz und der darin enthaltenen Kürzungen der Finanzausstattung der Kommunen ein. Und im Detail hat sich die Landesregierung da einiges einfallen lassen, um sich zu sanieren und ihre Scheckbuchpolitik im Land gerade um die Landtagswahl zu forcieren. Der Landtagsabgeordnete Sven Knöchel war bemüht, die Fallstricke besonders plastisch darzustellen und die Abgeordneten zu sensibilisieren. CDU und SPD werden verstärkt Gelder aus dem großen Topf der Bedarfsfinanzierung abzweigen, um ihren Ministerialtopf für Sonderzuweisungen und zweckgebundene Zuweisung gut zu füllen. Mit dieser hauseigenen Vergabepraxis lässt sich gut Stimmung machen im Wahlkampf, wo gerade das Bändchen durchschneiden immer gute Bilder für die Presse liefert.
Dass diese Gelder der Verfügung durch die Kommunen entzogen werden, ist lange bewährte Praxis.
Um die kommunale Finanzausstattung zu verbessern, setzt die Linke auf ein sogenanntes Verbundmodell, dieses soll die Bedarfsfinanzierung ablösen, die eh nur in Sachsen und Sachsen-Anhalt praktiziert wird. Hierzu sollen zahlreiche „Geldtöpfe“ gebündelt und an die Kommunen weitergereicht werden. Am Ende des Tages verabschiedete die Konferenz noch mit großer Mehrheit eine Erklärung zur Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge und zu politischen Grundsätzen linker Landespolitik.

TTIP-Wunschzettel von SPD und DGB-Spitze ist Augenwischerei

„Die Spitzen von DGB und SPD legen einen Wunschzettel zu TTIP vor, der sich nicht erfüllen wird. Die Inhalte des Abkommens mit den USA werden schon vorher über das CETA-Abkommen mit Kanada festgeklopft, dessen Text bereits vorliegt. So ist der Investorenschutz mit weitreichenden Klagemöglichkeiten im Abkommen enthalten, die ILO-Kernarbeitsnormen hingegen fehlen. Selbst die gewünschten Änderungen der Bunderegierung am jetzigen CETA-Vertragstext lehnt die Europäische Kommission ab, etwa die Forderung, dass die nationalen Parlamente über die Verträge abstimmen können“, erklärt der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Klaus Ernst, zum gemeinsamen TTIP-Papier von Bundeswirtschaftsministerium und DGB. Ernst weiter:

„Dass der DGB trotz dieses Umstands seine Position ändert, ist äußerst bedenklich. Die Führung der Sozialdemokraten betreibt Augenwischerei im Vorfeld des SPD-Konvents, um den sich abzeichnenden Auseinandersetzungen zu TTIP den Schwung zu nehmen. Der DGB als parteipolitisch unabhängige Arbeitnehmerorganisation sollte im Interesse seiner Mitglieder seine kritische Haltung beibehalten. Notwendig wäre eine weitere Mobilisierung der Mitglieder, um CETA und TTIP zu stoppen. Denn die arbeitnehmerfeindlichen und unsozialen Pflöcke, die bei CETA eingeschlagen werden, sind auch bei TTIP nicht mehr herauszubekommen.“

Von Klaus Ernst

Satzungsänderung zwingt Gemeinden zum Handeln

Von Katja Bahlmann,
Fraktionsvorsitzende DIE LINKE. Gem. Droyßig

Die im April 2014 durch den Kreistag Burgenlandkreis beschlossene Satzungsänderung des Seniorenbeirats des Burgenlandkreises zwingt die Verbandsgemeinden und Einheitsgemeinden zum Handeln. Haben sich einige Gemeinden bisher geweigert, eine Senioren– und Behindertenvertretung einzurichten, haben diese jetzt das Nachsehen. Laut der aktuellen Satzung ist den Seniorinnen und Senioren dieser Gemeinden, die keine Seniorenvertretung vorweisen können, jegliche Mitarbeit im Gremium auf Kreisebene versagt. Die neue Satzung legt ausdrücklich fest, dass der Kreisseniorenvertretung nun nur noch Mitglieder entsandt werden dürfen, welche gleichzeitig der Seniorenvertretung der Verbands- und Einheitsgemeinden angehören. All jene Verbands- und Einheitsgemeinden des Kreises, die bisher die Einrichtung einer Seniorenvertretung gescheut haben, entziehen den Seniorinnen und Senioren ihrer Mitgliedsgemeinden jegliches Mitwirkungs- und Mitspracherecht auf Kreisebene.

Das darf so nicht hingenommen werden. Aus diesem Grunde habe ich in der Verbandsgemeinde Droyßiger-Zeitzer-Forst zur letzten Sitzung einen entsprechenden Antrag eingereicht, um dieser Ungerechtigkeit entgegenzuwirken. Ein entsprechender Beschluss ist noch ausstehend. Ich werbe dafür, dass auch all jene kommunalen Mandatsträger von Gemeinden, die keine Seniorenvertretung haben, einen entsprechenden Antrag in ihrer Gemeinde einbringen. Wir müssen uns gemeinsam für unsere SeniorInnen und Senioren einsetzen, denn die Interessen und Bedürfnisse der älteren Menschen auf sozialem, wirtschaftlichem, kulturellem und politischem Gebiet brauchen mehr Gewicht und Gehör.

Landtagsfraktion bittet um Mithilfe

Von Katja Bahlmann

Vor einigen Tagen wurden die Abgeordneten-Büros per E-Mail um Mithilfe gebeten. Die Fraktion DIE LINKE. im Landtag Sachsen-Anhalt hat einen Fragenkatalog zu den Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsvereinbarungen im Bereich Kita entwickelt und bittet nun alle kommunalen Mandatsträger, diese Fragen—soweit zutrefend— in ihrem Kommunalparlament zu stellen und, wenn möglich, die beantworteten Fragen bis Ende des Jahres an den Landtag zu senden. Damit soll der im neuen Kifög festgeschriebene Prozess der Entgeltvereinbarungen geprüft werden. Gern sammle ich diese Fragen im Büro von Roland Claus und sende sie zusammen weiter, denn ich beteilige mich im Verbandsgemeinderat Droyßiger-Zeitzer Forst auch daran. Die Fragen sind:

1. Laufen die Arbeiten an den Entgeltvereinbarungen bereits oder ist beabsichtigt, zunächst das In-Kraft-Treten des § 11a abzuwarten und ab dem 01.01.2015 damit zu beginnen?

2. Mit welchem Aufwand (bürokratisch, personell, zeitlich, finanziell) sind die Arbeiten an den Entgeltvereinbarungen verbunden?

3. Ist das Jugendamt oder eine andere Stelle der Kommunalverwaltung mit den Arbeiten beauftragt?

4. Wurde ein Rahmenvertrag im Landkreis/in der kreisfreien Stadt geschlossen? Werden einheitliche Kostenblätter vorgegeben?

5. Werden pro Träger (also für mehrere Einrichtungen) oder für jede einzelne Einrichtung Entgeltvereinbarungen abgeschlossen?

6. Mit wie vielen Einrichtungen wurden bereits Vereinbarungen abgeschlossen und mit wie vielen nicht?

7. Sind über die im KiFöG genannten Standards weitere Gegenstand der Vereinbarungen (z.B. Weiterbildungen, Fachberatung, Freistellungsstunden Kita-Leitung, Vor- und Nachbereitungszeiten, technische Dienste etc.)?

8. Kann eingeschätzt werden, in welcher Höhe sich der Wegfall des bisherigen Eigenanteils freier Träger (bis zu 5%) finanziell auswirken wird?

9. Die Gemeinden müssen gemäß § 11a, Abs. 1 den Entgeltvereinbarungen ihr Einvernehmen erteilen. Wie gestaltet sich dieser Prozess?

Vor 60 Jahren: Untrennbare Bindung der BRD an das westliche Gesellschaftsmodell mit den Pariser Verträgen

Winfried Steffen

Fünf Jahre nach der doppelten deutschen Staatsgründung, einem Markstein des Kalten Krieges, setzten die Westmächte eine weitere offensive Zäsur: Auf der vom 19. bis 23. Oktober 1954 durchgeführten NATO-Ratstagung wurden durch die Außenminister von Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Kanada, Luxemburg, der Niederlande, der USA und der BRD die Pariser Verträge abgeschlossen. Am 23. Oktober 1954 setzte Bundeskanzler Adenauer seine Unterschrift unter diese Dokumente. Damit waren die Gesprächsfäden zwischen beiden deutschen Staaten faktisch zerrissen.

Die Pariser Verträge setzten sich aus einer Vielzahl von Abkommen, Protokollen, Resolutionen usw. zusammen. Die wichtigsten Bestandteile waren der Deutschland-Vertrag, (das war der bereits am 19. März 1953 vom Bundestag ratifizierte Generalvertrag über die Beziehungen der BRD mit den USA, Großbritannien und Frankreich), das Abkommen über die Stationierung ausländischer Truppen auf westdeutschen Territorium, das Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in Westdeutschland, der Vertrag über die Westeuropäischen Union, das Protokoll über den BRD-Beitritt zur NATO, das Abkommen über das Saargebiet (dessen Verwaltung oblag damals Frankreich), dazu gehörten noch Zusatzabkommen wie der Truppenvertrag und der Finanzvertrag.

In der Schlussakte der Neunmächtekonferenz hieß es u.a.: „*Sie behandelte die wichtigsten Probleme der westlichen Welt, Sicherheit und europäische Integration im Rahmen einer dem Frieden dienenden Atlantischen Gemeinschaft, die in Entwicklung begriffen ist. In diesem Zusammenhang prüfte die Konferenz die Frage, wie die volle Assoziierung der Bundesrepublik Deutschland mit dem Westen sowie der deutsche Verteidigungsbeitrag gewährleistet werden können. Die an der Konferenz teilnehmenden Mächte, die Mitglieder der NATO sind, vereinbaren, bei der nächsten Tagung des Nordatlantikrates zu empfehlen, dass die Bundesrepublik Deutschland unverzüglich aufgefordert werden soll, Mitglied zu werden.*“

Den Kern diese westlichen Gesamtstrategie für den Umgang mit der Sowjetunion und ihren Verbündeten bildeten die nachfolgend aufgeführten Elemente:

1. Die BRD wurde in die NATO eingegliedert bei ausdrücklicher Erklärung der unbegrenzten Geltungsdauer des Nordatlantikpaktes. Ihr fiel die Rolle der Speerspitze im Kalten Krieg gegen den Osten zu.

2. Durch den Vertrag über die Westeuropäische Union wurde die BRD in die westeuropäische Koalition einbezogen, und zwar mit bedeutendem Potenzial.

3. Der BRD wurde die Aufstellung einer 500.000-Mann-Armee gestattet, die über schwerste Waffen, Luftstreitkräfte und eine Kampfflotte—einschließlich U-Boote—verfügen konnte. Es wurde gestattet, alle Waffen außer atomaren, biologischen und chemischen Waffen, Raketen und strategischen Bombern herzustellen. Einfuhrverbote dieser Waffensysteme waren nicht vorgesehen.

4. Die USA, Großbritannien und Frankreich hielten die militärische Besetzung Westdeutschlands aufrecht bis zum Abschluss eines Friedensvertrages. Sie behielten die Ausnahmerechte in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes, einschließlich der Wiedervereinigung und einer friedensvertraglichen Regelung, bei der die endgültige Festlegung der deutschen Grenzen erfolgen sollte.

5. Die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs erklärten, dass „sie die Regierung der Bundesrepublik Deutschland als die einzige deutsche Regierung betrachten, die frei und rechtmäßig gebildet und dazu berechtigt ist, für Deutschland als Vertreterin des deutschen Volkes in internationalen Angelegenheiten zu sprechen“.

6. Ein wiedervereinigtes Deutschland sollte nur nach dem Muster des westdeutschen Staates geschaffen werden.

Am 23. Oktober 1954, dem Tag der Unterzeichnung der Pariser Verträge durch Bundeskanzler Adenauer, schlug die Regierung der UdSSR den Westmächten vor, im November eine Außenminister-Konferenz einzuberufen, auf der über die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands, gesamtdeutsche freie Wahlen, den Abzug der Besatzungstruppen und über die Durchführung einer gesamteuropäischen Konferenz zur Erörterung eines Systems der kollektiven Sicherheit in

Fortsetzung Seite 6

Europa beraten werden sollte.

Auf dem Boden der Pariser Verträge lief jahrzehntelang der Kalte Krieg ab, der schließlich in den Zerfall des Staatssozialismus in Europa und die Eingliederung der DDR in die BRD mündete.

Andauernde Überwachung (Kontrolle) der BRD durch die USA, US-Atomraketenstationierung auf deutschem Boden und Stationierung amerikanischer Truppen werfen als Nachkriegsrelikte auch jetzt noch ihre Schatten.

Eine Supermacht im Schatten

Politische Bildung, Teil 32b

Die Kampfdrohnen—eine militärische Revolution, ein neues Waffensystem

„Seit den Kriegen in Afghanistan 2001 und im Irak 2003 ist der Einsatz von Kampfdrohnen Bestandteil US-amerikanischer Außenpolitik.“ 1) Seit dem Amtsantritt von Barack Obama wurden die Kampfdrohneneinsätze vervierfacht. In puncto Kampfdrohnen sind die USA unangefochten die Führungsmacht dank ihrer Spitzentechnik. „Um Territorien zu überwachen oder Personen gezielt zu töten, werden Drohnen nicht nur in Kampfgebieten, sondern unter Bruch von Hoheitsrechten in Staaten der arabischen Halbinsel oder Afrika eingesetzt. Besonders betroffen ist der an Afghanistan grenzende Nordwesten Pakistans, aber auch Länder, wie Jemen und Somalia. 12.000 Kilometer vom Krieg entfernt sitzen moderne Soldaten, eine Autofahrt von ihren Familien getrennt und einen halben Meter von einem Monitor, dessen Bilder die Grenze zwischen Simulation und Wirklichkeit verwischen, steuern Joysticks, warten, beobachten und Töten auf Knopfdruck „Terroristen“ meist Stammesversammlungen, Familienfeste oder spielende Kinder, die von entnervten Piloten unter Duldung amerikanischer Regierungsstellen als feindliche Kämpfer identifiziert werden. Wenn sich der Rauch legt und Kameras zerfetzte Körper zeigen, fahren die Mörder nach Hause.“ 2) 68.000 Dollar kostet eine Rakete und zwischen 4,5 und 28 Millionen Dollar die Drohnen—welch ertragreiches Geschäft für die Produzenten und die Händler der Todeswaffen! Zu drei Prozent werden als Terroristen ausgemachte Personen getroffen, die anderen 97 Prozent der Opfer betreffen unbeteiligte Personen. Diese fallen bei den Auftraggebern unter Kollateralschäden.

Medea Benjamin, eine seit 2002 in der Bürgerrechtsbewegung Codepink wirkende amerikanische Aktivistin und Autorin des Buches „Drohnenkrieg“, hat Leipzig besucht. Sie urteilt: „Der Drohnenkrieg ist eine der schlimmsten Verirrungen unserer Zeit, aber die amerikanische Öffentlichkeit ist eingelullt durch das Gerede von der Notwendigkeit, um der nationalen Sicherheit willen Terroristen zu töten, und ignoriert die Schreie der Opfer, die durch das Zusammenwirken lokaler Komplitzenschaft und imperialer Macht erstickt werden.“ 3) Drohnen ermöglichen ein Programm gezielter Mordanschläge, die von den USA als Teil des „Krieges gegen den Terror“ gerechtfertigt werden, die im Übrigen jedoch im Widerspruch zum Völkerrecht stehen. Die ausgewählten Zielpersonen werden—offensichtlich auf Wunsch des Weißen Hauses—ohne jeden Beweis ihrer Schuld und ohne Gerichtsverfahren zum Tode verurteilt“, stellte Barbara Ehrenreich fest. 4) Mit der Erfindung der Kampfdrohnen haben die USA den ferngesteuerten Krieg eingeführt.

Es ist offenkundig: Die Kampfdrohnen sind völkerrechtswidrig. Hätten nicht die USA sie eingeführt und gebraucht, wären sie wohl von der UNO verboten worden. Nächst den USA ist Israel am besten mit dieser Waffe ausgerüstet. Die BRD hat von dort Drohnen geleast. Der Besitz von Kampfdrohnen seitens der USA ruft zwangsläufig Anstrengungen anderer Mächte hervor, sich gleichfalls damit auszurüsten. In dieser Hinsicht sind sowohl die Europäische Union als auch die BRD speziell aktiv. Von Seiten der Bundesregierung wird durch Verteidigungsministerin von der Leyen Kurs darauf genommen, „bewaffnungsfähige Kampfdrohnen“ anzuschaffen—angeblich zum Schutz von Bundeswehrsoldaten vor Terroranschlägen bei Auslandseinsätzen. Vorreiter bei der Erforschung der Drohnen ist in Deutschland die Uni der Bundeswehr München. „Es geht darum, eine Kampfdrohne als so genannte Tarnkappendrohne zu entwickeln, eine Drohne ohne Flugzeugrumpf, die den Radarkontrollen entkommen kann, im Kampf nicht sichtbar ist.“ 5)

Die Realität zeigt: Kampfdrohnen—sie bedeuten eine militärische Revolution—sind ungeeignet für die Unterbindung des internationalen Terrorismus, bringen ein Bombengeschäft für die Rüstungskonzerne, für die Händler des Todes. Die USA können in dieser Branche für sich in Anspruch nehmen, hier unbestritten die führende Rolle inne zu haben.

1) Codepink gegen Codeorange….Leipzigs Neue, Januar 2014, S.4; 2) Ebenda, S.3-4; 3) Ebenda, S. 4; 4) Ebenda, S. 5; 5) Der ferngesteuerte Krieg, In: Publik Forum, Nr. 14/2014, S.14 (Fortsetzung folgt in den nächsten Ausgaben)

Sommertour im Rollstuhl durch das Nominierungsgebiet Welterbe

Erfahrungsbericht von Stephan und Iris Korwie

Wir haben diesen Sommer genutzt, uns die Saale/ Unstrut Region rund um den Naumburger Dom etwas genauer im Hinblick auf Barrierefreiheit für Rollstuhlfahrer anzuschauen. Das Gebiet kennen und lieben wir und würden uns freuen, wenn dieses schöne Fleckchen Erde den Welterbetitel erhält.

Als Ausgangspunkt haben wir die Ausstellung im Marktschlösschen Naumburg „Welterbe? Welterbe!“ gewählt. Das war ein guter Einstieg um einen Überblick zu bekommen. Für Rollstuhlfahrer ist hinter dem Gebäude ein ausgeschilderter Zugang zum Fahrstuhl. Die Ausstellung ist sehr schön gestaltet. Ein Film in deutscher und englischer Sprache informiert kurzweilig über das Antragsgebiet. Neben traditionell präsentierten Schätzen aus der Region werden moderne Medien eingesetzt, so z.B. der Blick aus der Vogelperspektive auf das Welterbegebiet. Auch die großen Fotos als Vorhänge vor den Fenstern kommen gut zur Geltung. Fachkundiges Personal hat uns gern Fragen beantwortet und Hinweise gegeben. Diese Ausstellung haben wir mit Gästen noch oft besucht. Rund um den Marktplatz stehen liebevoll renovierte Häuser. Von da aus ist es nur ein kurzer Spaziergang zum Dom. Mit dem Rollstuhl kann er zum größten Teil gut besichtigt werden. Im Vorraum des Domschatzgewölbes wird ein interessanter Film über die Entstehung des Bistums Naumburg/ Zeitz gezeigt. Zum Domschatz gelangt man über einen Lift. Die Elisabethkapelle, die Krypta sowie den Hochaltar kann man mit dem Rollstuhl leider nicht erreichen.

Als nächsten Ort haben wir Freyburg besucht. Zuerst sind wir zur Neuenburg gefahren. Der kleine Ortsteil vor der Burg macht einen gepflegten und freundlichen Eindruck. Der Blick über die Burgmauer hinunter ins Unstruttal und auf die Stadt ist fantastisch. Innerhalb der Burg war es schwierig, mit dem Rollstuhl über das Pflaster des Hofes zu fahren. In die einzelnen Gebäude des Museums geht es nur über Treppen. Da mussten wir passen und haben vor dem Tor bei einer Tasse Kaffee den schönen Blick ins Tal auf Freyburg genossen. Die Stadt selbst ist eine liebenswerte kleine Winzerstadt. Vor vielen Häusern ranken Weinstöcke empor und Eiscafes laden bei schönem Wetter draußen zum Verweilen ein. Einmal in Freyburg, wollten wir uns noch die Klosterkirche in Zscheiplitz anschauen. Gegenüber vom Weingut führt ein rollstuhlgerechter Weg am Hang der Unstrut entlang zur Klosterruine und Kirche. Einen tollen Ausblick hat man von dort aus ins Tal nach Freyburg, auf die Neuenburg und bis nach Naumburg. Auf das Gelände der Klosterkirche sind wir mit dem Rollstuhl leider nicht gekommen.

Auf dem Weg nach Bad Kösen machten wir Halt in Schulpforta. Wir wollten die Klosterkirche und die Ausstellung der Kirchenfenster besuchen. Der Parkplatz war zwar barrierefrei, aber der neue Informationspunkt war noch nicht eröffnet und eine Besichtigung der Kirche war zu diesem Zeitpunkt mit Rollstuhl auch nicht möglich. Also haben wir einen kleinen Spaziergang durch das Gelände der Landesschule gemacht und uns vorgenommen, später noch einmal hinzufahren. In Bad Kösen haben wir die Gelegenheit zu einem Bummel im gepflegten Kurpark entlang der Saline genutzt. Das Romanische Haus ist nur zum Teil barrierefrei zu besichtigen. Von Außen ist es ein sehr schönes Beispiel früher mittelalterlicher Baukunst. Durch die Ortschaften Lengefeld und Saaleck sind wir mit dem Auto zur Rudelsburg gefahren. Ein anderer Weg zu Fuß oder Wasser ist mit dem Rollstuhl nicht möglich. Vom Parkplatz gegenüber der Burg

gelangt man über eine Brücke auf den Burghof. Von dort aus bietet sich ein weiter Blick ins Saaletal. Der Weg um die Burgruine herum ist in einem schlechten Zustand und z.T. gesperrt. Ein Ausflug zur Rudelsburg lohnt sich auf jeden Fall, schon wegen des tollen Ausblicks und der gemütlichen Schenke.

Die daneben liegende Burgruin Saaleck können wir mit dem Rollstuhl nicht erreichen. Sie ist aber auch von weitem eine imposante Erscheinung.

Die Ausschilderung „Sonnenobservatorium“ in der Nähe von Weißenfels führte uns nach Goseck. Den Ort mussten wir durchfahren und gelangten zum Schloss Goseck. Im Schlosshof laden ein Museum, eine Schänke (zur Zeit leider nicht mehr bewirtschaftet) und eine wunderschön renovierte Schlosskirche zum Besuch ein. Von der Terrasse vor dem Schloss aus hat man einen herrlichen Blick auf die reizvolle Kulturlandschaft der Saale und die gegenüberliegende Schönburg.

Das war unsere letzte Station. Zur Schönburg kommt man über Naumburg. Im Burghof befindet sich eine Gaststätte. Vom Balkon der Burgruine hat man einen wundervollen Blick auf die Saale, auf Naumburg und das Schloss Goseck. Unterhalb der Burg führt der Saale-Radweg entlang. Auf diesem sind wir schon mit Rollstuhl bis zum Blütengrund und nach Bad Kösen gegangen bzw. gefahren.

Diese tolle Gegend lässt sich gut im Rollstuhl entdecken. Schön wäre es, wenn bei den vielen touristischen Angeboten auch an Rollstuhlfahrer gedacht wird und eine Teilnahme erkenntlich gemacht würde.

Zeitz,

14. September 2014

Iris u. Stephan Korwie

BERLIN, WIR KOMMEN…

Und zwar am 22. und 23.8.2014. Auf Anregung des Abgeordneten des Bundestages aus unserem Burgenlandkreis, Roland Claus, hatte uns das Presse- und Informationszentrum der Bundesregierung (BPA) eingeladen.

Wir, das waren 45 politisch interessierte Bürger aus Zeitz, Weißenfels und Umgebung. Mit dem Bus ging es ab Zeitz, nach Weißenfels, in Richtung Berlin.

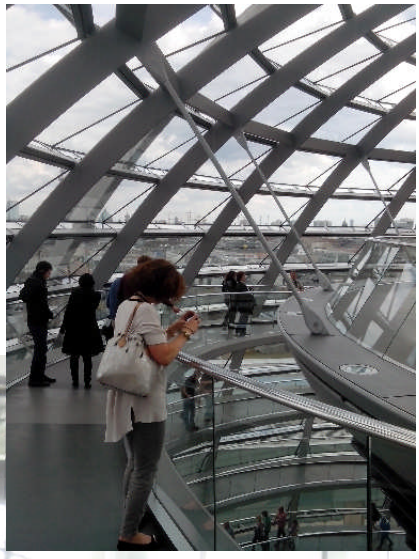
Zunächst passierten wir zügig den Sicherheits-Check vor dem Reichstag und wurden in den Plenarsaal geführt. Dort hörten wir einen Vortrag über die Geschichte des Hauses und die Arbeit des Bundestages. Geduldig beantwortete der Redner alle, teils auch skurrile, Fragen, die vom Interesse der Besucher zeugten und auch Heiterkeit auslösten.

In guter Stimmung ging es dann zu unserem Abgeordneten Roland Claus, der uns einen Einblick in seine Arbeit gab und unsere Fragen dazu beantwortete. Wir wussten gar nicht, dass Haushaltsangelegenheiten so spannend sein können. Die Zeit verging wie im Fluge.

Auf Herrn Claus wartete sein Enkelsohn, auf uns ein Fototermin und die Besichtigung der Reichstagskuppel. Ein wirklich beeindruckendes Erlebnis, Berlin von oben zu sehen und die gelungene Architektur zu bestaunen. Dann nahmen wir unser Mittagessen im Berlin-Pavillon ein.

Am Nachmittag besuchten wir die Bundesgeschäftsstelle der Linken, das Karl- Liebknecht-Haus. Gesehen hatten wir es im Fernsehen schon häufig, aber nun hatten wir Gelegenheit, es von innen zu sehen und von zwei Mitarbeitern des Hauses mehr über deren Arbeit zu hören. Auch sie nahmen sich viel Zeit für unsere Fragen. Beeindruckend, immerhin war es Freitagnachmittag…

In Berlin-Kreuzberg checkten wir im Angleterre- Hotel ein, einem gediegenen Haus, elegant, zweckmäßig, mit aufmerksamen Service , ohne protzig zu sein, wirklich angenehm. Nach einem geselligen Abendessen begaben sich einige Unentwegte noch auf einen Berlin - Spaziergang, die Anderen sanken ins Bett, genug Eindrücke…



Am Samstag hatten wir eine Stadtrundfahrt durch Berlin. Jan, unser Reiseleiter ,erklärte, was in der Stadt in den letzten Jahren entstanden ist und würzte seine Ausführungen mit dem für die Berliner typischen Humor. Sehr lustig fanden wir deren treffenden und ironischen Bezeichnungen für Sehenswürdigkeiten, wie z.B. die „Waschmaschine“, die „schwangere Auster“, „Angela Merkels Wecker“, die „Retourkutsche“, den „Bürgermeister“ u.a. mehr. Sie haben das noch nie gehört? Besuchen Sie Berlin, es lohnt sich!

Nach dem Mittagessen im NH Treptow ging es zum Dokumentationszentrum für NS-Zwangsarbeit in Berlin-Schöneweide. Mitten in einem Wohngebiet, ringsum einsehbar, lagen die Baracken, in denen die Zwangsarbeiter lebten. Dass es sie gab, wussten wir, aber wie elend und menschenunwürdig ihr Dasein war, das wurde uns erst dort bewusst. Der „letzte Programmpunkt“ war der bewegendste. Wie können Menschen das anderen Menschen antun? Wieso haben deutsche Firmen, die von Zwangsarbeit profitiert haben, wie z.B. Mercedes, bis heute keine, nicht einmal materielle Wiedergutmachung, geleistet? Eine Schande.

Auf dem Rückweg waren wir leiser.

Bedanken möchten wir uns ganz herzlich beim BPA und bei Roland Claus, die uns diesen erlebnisreichen und gut organisierten Aufenthalt ermöglicht haben, bei unserer Reiseleiterin und bei dem Busunternehmen aus dem Geiseltal, dessen Mitarbeiter uns rührend umsorgten.

Christine und Matthias Krüger

Zur Demokratie gehört der Wechsel—Katja Kipping im Interview zu den Wahlen in Thüringen und Brandenburg

Brandenburg und Thüringen haben neue Landtage gewählt. Was sagen Sie zu den Ergebnissen?

Katja Kipping: In Thüringen mündete ein großartiger Wahlkampf in ein herausragendes Ergebnis für die DIE LINKE. Ihre Wahlstrategie war gleichsam kämpferisch wie pragmatisch, visionär wie realistisch. Das war offenbar ein Erfolgsrezept. Und natürlich hat uns die Vorstellung, mit Bodo Ramelow erstmals einen Ministerpräsidenten stellen zu können, beflügelt. Das Wahlergebnis in Brandenburg stimmt mich natürlich nicht so euphorisch. Das war schon ein Dämpfer. Aber wir müssen auch sehen, dass der Landtag in Brandenburg vor fünf Jahren zusammen mit dem Bundestag gewählt wurde. Bei Bundestagswahlen gelingt uns die Mobilisierung unserer Wählerinnen und Wähler immer deutlich besser, weil sie ein starkes Interesse an Themen haben, die auf Bundesebene geregelt werden. Ein weiteres Problem ist, dass es uns offenbar als Partei während einer Regierungsbeteiligung nicht hinreichend gelingt, unseren Anteil an der Politik der Regierung deutlich zu machen. Deshalb profitierte in Brandenburg die SPD von der sozialeren Politik, die seit unserer Regierungsbeteiligung im Land gemacht wurde.

25 Jahre nach dem Fall der Mauer könnte Bodo Ramelow als erster LINKER Ministerpräsident in Thüringen werden. Wäre das etwas Besonderes oder eine Regierungsübernahme wie jede andere in einer Demokratie?

Zur Demokratie gehört der Wechsel. Insofern ist es eine Selbstverständlichkeit. Gleichzeit wäre es natürlich etwas Besonderes, wenn DIE LINKE erstmals einen Ministerpräsidenten stellen würde.

Das ganze Interview unter:

http://www.linksfraktion.de/interview-der-woche/zur-demokratie-gehoert-wechsel

Termine:

DIE LINKE.

Tag	Datum	Beschreibung	Uhrzeit	Ort
Do	02.10.	Beratung BO-Vorsitzende	17.00 Uhr	Weißenfels, Töpferdamm 6
Mo	06.10.	Fraktionssitzung Zeitz	19.00 Uhr	Altenburger Str. 40, Zeitz
Di	07.10.	Vorstandsitzung BO Naumburg	13.00-15.00	Naumburg, Salzstraße 38
Di	07.10.	Linker Stammtisch	20.00-20.30	Naumburg, Klimke
Di	07.10.	Vorstandssitzung Stadtverband Hohenmölsen	17.00 Uhr	Hohenmölsen, SKZ „Lindenhof“
Do	09.10.	Fraktion DIE LINKE Gemeinderat Droyßig	19.00 Uhr	Siedlung, Droyßig
Sa	11.10.	Gemeinsame MV BO Naumburg/BO Bad Kösen	9.30 Uhr	Naumburg, Volkssolidarität, Seilergasse
Mo	13.10.	Fraktionssitzung Stadtrat Hohenmölsen DIE LINKE.	17.00 Uhr	Hohenmölsen, Büro Weber, Mauerstraße
Di	14.10.	Fraktionssitzung Weißenfels	17.00 Uhr	Weißenfels, Töpferdamm 2
Mi	15.10.	Mitgliederversammlung Stadtverband Hohenmölsen	18.00 Uhr	Hohenmölsen, SKZ „Lindenhof“
Do	16.10.	Redaktion S-U-E-KURIER	9.00 Uhr	Zeitz, Altenburger Str. 40
Di	21.10.	Vorstandssitzung BO Naumburg	13.00-15.00	Naumburg, Salzstr. 38
Di	21.10.	Linker Stammtisch	20.00-20.30	Naumburg, Klimke
Do	23.10.	Sitzung Kreisvorstand	17.30 Uhr	Weißenfels, Töpferdamm 2
Sa	25.10.	Gesprächsrunde Weißenfelser Linke—Wir,Europa und die Welt	10.00 Uhr	Weißenfels, Töpferdamm 2
Mi	29.10.	Gesprächsrunde „Die Linke lädt ein“	18.00 Uhr	Hohenmölsen, SKZ Linden-hof
Do	30.10.	Infostand Die Linke Hohenmölsen	9.00 Uhr	Marktplatz, Hohenmölsen
Do	30.10.	Fraktionssitzung Naumburg	18.00 Uhr	Alt-Naumburg
		VORSCHAU		
Mo	03.11.	Kreistagssitzung	17.00 Uhr	Kreisverwaltung, Naumburg
Do	20.11.	Kreisvorstandssitzung	17.30 Uhr	Zeitz, Altenburger Str. 40

Wir gratulieren recht herzlich allen

Jubilaren, <u>die im Oktober</u>

ihren Ehrentag feiern .

Wir wünschen Euch alles Gute, eine schöne Feier im Kreise der Familie, der Freunde und Bekannten. Für die Zukunft wünschen wir viel Gesundheit und Schaffenskraft.

Der Kreisverband DIE LINKE. im Burgenlandkreis und die Redaktion des S-U-E-Kurier

<u>Zur Beachtung!</u> Die Entnahme, weitere Verwendung bzw. Nutzung von Artikeln aus dieser Mitgliederzeitung bedürfen der vorherigen ausdrücklichen Genehmigung der Redaktion, des Autors oder des Kreisvorsitzenden.